

Beruf machen. Denn Geertz hält hier ein Plädoyer für – in Deutschland schier undenkbar! – eine lustvolle Wissenschaft: „interessant, erschreckend, nützlich und amüsant, um ein Leben darauf zu verwenden“ (S. 190).

Grit Lemke

- 1 Den Unterschied von „Dort-Sein“ und „Hier-Sein“ und seine Bedeutung für die ethnographische Produktion beschrieb Geertz in: Die künstlichen Wilden. Der Anthropologe als Schriftsteller, Frankfurt a. M. 1993. Damit war er einer der Begründer der „literarischen Wende“ in der Ethnologie (die daraufhin wieder Ethnographie wurde).
- 2 C. Geertz, Welt in Stücken. Kultur und Politik am Ende des 20. Jahrhunderts, Wien 1996.
- 3 Neben einer Vielzahl von Aufsätzen das Standardwerk dazu: C. Geertz, Islam Observed. Religious Development in Morocco and Indonesia, Chicago 1968, in deutscher Übersetzung: Religiöse Entwicklungen im Islam, beobachtet in Marokko und Tunesien, Frankfurt a. M. 1988.
- 4 Ausführlich dazu in: C. Geertz, Welt in Stücken (Anm. 2).
- 5 C. Geertz, Deep play. Bemerkungen zum balinesischen Hahnenkampf, in: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a. M. 1991.
- 6 C. Geertz, After the Revolution: The Fate of Nationalism in the New States, in: C. Geertz, The Interpretation of Cultures, Boston 1973.
- 7 Einen Überblick darüber gibt: E. Berg und M. Fuchs (Hrsg.), Kultur, soziale Praxis, Text. Die Krise der ethnographischen Repräsentation, Frankfurt a. M. 1995.
- 8 Zur Kritik an Geertz: W. Habermeyer, Schreiben über fremde Lebenswelten – Das postmoderne Ethos einer kommunikativen handelnden Ethnologie, Köln 1995.

Erk Volkmar Heyen (Hrsg.), Öffentliche Verwaltung und Wirtschaftskrise, Nomos, Baden-Baden 1995 (= Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte 7), XI, 388 S.

Zum Thema Wirtschaftskrise und Verwaltung hat der Hrsg. wieder eine internationale Schar von Autoren, diesmal aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden, Italien, Griechenland und Finnland, versammelt. Schon angesichts der Titel der einzelnen Beiträge stellt sich die Frage nach dem Begriff der Krise: Der Band umfaßt Arbeiten, die sich einerseits längerfristigen Problemen widmen, wie etwa der Aufsatz von C. Zimmermann über das Verwaltungshandeln zur Hungerbekämpfung in Württemberg 1770–1847. Zum zweiten bietet der Band Untersuchungen zu einzelnen Fallbeispielen, wie etwa Krieg und Besetzung. Einen dritten Schwerpunkt bildet die staatliche Einflußnahme auf den Markt, sei es als Unternehmer oder als Regulator. Gegen Ende folgen zwei Texte zur Transformation nach dem Ende des Kommunismus und, neben dem Hauptthema, ein verdienstvoller Beitrag über die Literatur zur finnischen Verwaltungsgeschichte sowie eine Bestandsaufnahme über die unveröffentlichten Diplomarbeiten von DDR-Archivaren.

Das Editorial versucht nicht, einen Überblick über die Verwendung des Begriffs Krise zu geben. Die Aufsätze sind daher eher locker um ihn herum angeordnet, „der Blick ... wandert“ (S. VIII). Neben der Konstatierung der großen Rolle der Verwaltung in der Wirtschaft steht die Betonung der Schwierigkeiten des Themenfeldes. Daß eine europäisch-komparatistische Perspektive hilfreich sei, ist sicher richtig, bleibt aber in bezug auf einen reflektierten Vergleich, zu dem nur aufgerufen wird, leider ohne Folgen.

Inwieweit die vorgeschlagene Unterscheidung der Staatsaktivitäten in Improvisation, inkrementelle Anpassung und Innovation von heuristischem Wert sein kann, muß dahingestellt bleiben.

Der Beitrag von *François Hincker*

über das Handeln des französischen Staats gegenüber ökonomischen Krisen 1750–1850 bietet Hinweise auf das zeitgenössische Denken über öffentliches Engagement und einen Überblick über das Problem der Nahrungsmittelversorgung einerseits und der Gewerbeförderung andererseits.

Der schon erwähnte Aufsatz von *Clemens Zimmermann* zum Hunger als administrative Herausforderung in Württemberg 1770–1847 betont die Improvisation der staatlichen Reaktionen. Es handelt sich um eine sehr detaillierte Falluntersuchung, die aus Quellen gearbeitet ist und sowohl Ursachen der Hungerkrisen als auch das staatliche Krisenmanagement betrachtet. Das Schwergewicht liegt auf den Hungersnöten von 1770/72, 1816/18 und 1846/47. Instrumente der Bekämpfung des Hungers waren Kontrolle und Beeinflussung des Handels, Armenpolitik und schließlich auch die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Die einzelnen Verwaltungsebenen, der soziale Protest und die Rolle der öffentlichen Meinung und der politischen Repräsentation werden gesondert gewürdigt.

Margrit Grabas vertritt in ihrem Text über die Rolle des Staates bei der Überwindung des Holzenergiemangels die These, daß der Wechsel vom Holz (als dem bis weit in das 19. Jh. hinein wichtigsten Energieträger in Deutschland) zur Steinkohle den Übergang von einer durch Normen gesteuerten zu einer durch den Markt gesteuerten Wirtschaft auslöste und gleichzeitig zur Voraussetzung hatte. Damit betont sie gegenüber denen, die diesen Wandel mit technologischen Neuerungen begründen, das Gewicht der Knappheit für die mit einem kollektiven Lernvorgang verbundene Transformation zum Kapitalismus. Die kameralistische Verwaltung versuchte einerseits, neue Energieträger nutzbar zu machen, andererseits durch die Entwicklung des Forstwesens den Holzsaufstoß zu vergrößern. So schuf der (preußische) Staat die Voraussetzungen für die Konkurrenzfähigkeit alternativer Energiequellen nach

einer späteren Liberalisierung des Marktes.

Um die Bewältigung der finanziellen Krise infolge des Kriegs 1870/71 auf lokaler Ebene in Frankreich geht es in dem Beitrag von *Vincent Wright*. W. konstatiert, daß die Umstände und die orthodoxe Finanzpolitik der provisorischen Regierung eine effektive lokale Problemlösung unmöglich machten, aber andererseits den Notabeln die Zusammenarbeit mit der Republik schmackhafter erscheinen ließen. Geldbedarf entstand nicht nur durch die kriegführende Regierung, sondern auch durch die steigenden Ausgaben für Bedürftige. Die Mittel waren durch Departemente und Kommunen aufzubringen, die die benötigten Summen oft durch Anleihen beschafften, die in nicht wenigen Fällen einen größeren Umfang als die gesetzlichen Verpflichtungen hatten – in vielen Fällen aber kaum den Pflichtteil erreichten.

Flemming Justs kürzere Arbeit über das dänische Krisenmanagement der dreißiger Jahre dieses Jh.s untersucht die nach der Aufgabe des Goldstandards und eine Absatzkrise notwendig gewordenen Behörden zur Kontrolle des Außenhandels mit Agrarerzeugnissen. Dabei wuchsen nicht nur die Bürokratien, sondern auch die Interessenverbände.

Frankreich sah sich zwischen 1930 und 1945 wirtschaftlich der doppelten Herausforderung der Wirtschaftskrise und der Okkupation gegenüber. *Michel Margairaz* präsentiert die Folgen für die Strukturen, für das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik und für die handelnden Personen und fragt nach Innovationen, die aus der Krise entstanden.

Noch stärker auf den Kriegsaspekt orientiert sich *Ina Zweiniger-Bargielowska*, indem sie die Nahrungsmittelversorgung Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg untersucht. Die Politik der britischen Verwaltung war nicht nur auf Einsparungen (das Land war weitgehend von Auslandslieferungen abhängig) ausgerichtet, sondern strebte auch einerseits nach Gleichheit der Bevölkerungsgrup-

pen in der Versorgung und andererseits, als Folge entsprechender Diskussionen der Vorkriegszeit, nach Hebung der allgemeinen Gesundheit. Sie konnte gleichzeitig die Schwierigkeiten vor der Öffentlichkeit verbergen. *Zweinger-Bargielowska* kann hier neue Einsichten erarbeiten, die inzwischen auch in Buchform vorliegen.

Der „wandernde Blick“ erreicht die Nachkriegszeit: *George Politakis* stellt die Rolle der Verwaltung im Wiederaufbau Griechenlands bis 1950 dar. Er unterscheidet dabei zwischen kurz- und langfristiger Politik, die gleichzeitig aufeinander bezogen waren. Alle Schritte wurden eng mit den westlichen Alliierten, besonders Großbritannien, abgestimmt, ja *Politakis* spricht von ökonomischer Vormundschaft. Als die USA als Schutzmacht an die Stelle des vereinigten Königreichs traten, erreichten sie weitgehende wirtschaftspolitische Vollmachten für eine amerikanische Mission im Lande. Die Athener Regierung drängte die Vereinigten Staaten zu einem stärkeren Engagement und erwartete nicht nur Rat, sondern Entscheidungen. Die Wirtschaftspolitik der Umstrukturierung sei gescheitert, weil die USA dem Sieg im griechischen Bürgerkrieg Vorrang einräumten.

Frits M. van der Meer wendet sich in seinem Beitrag dem Zusammenhang zwischen Krise und Innovation in der Verwaltung in den Niederlanden zu.

Interessanter ist *Gerold Ambrosius'* Versuch einer Synthese zu öffentlicher Verwaltung, öffentlichen Unternehmungen und wirtschaftlicher Krise in Deutschland seit dem 19. Jh. Zunächst systematisiert er das Verhältnis zwischen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen und Verwaltung, um dann die historischen Formen dieses Verhältnisses zu präsentieren. In einem weiteren Schritt untersucht der Verf. die Bereitschaft, die öffentlichen Unternehmen zur Überwindung von Krisen antizyklisch einzusetzen und illustriert dies dann am Beispiel einiger Betriebe.

Ambrosius bezieht sich weitgehend

auf kommunale Unternehmungen, *Igor Pellicciari* stellt den Beginn der Munizipalisierung von Unternehmen in Italien 1903–1925 dar. Er skizziert zunächst den politischen und ökonomischen Kontext, dann das Wachstum der Städte. Daraus wuchs eine „spontane Munizipalisierung“ im Gegensatz zum „Gemeinde-sozialismus“, der die nationale Politik herausforderte. 1903 wurde mit einem Gesetz der Rahmen für das wirtschaftliche Handeln der Kommunen geschaffen. Ein Akt von 1925 ist die Frucht bürokratischer Überlegungen unter Verwendungen der Erfahrungen der Zwischenzeit, die d. Verf. skizziert. Er brachte allerdings keine wesentlichen Neuerungen.

Eine ganz andere Perspektive behandelt *Assunta Luisa Perrotti*, die die Politik der Europäischen Gemeinschaft in der Stahlkrise 1974–1994 darstellt. Sie betont den strukturellen Charakter der Stahlkrise, die auf einem unvollkommenen Markt beruht habe, in dem Nachfrage und Preise nicht übereinstimmen. Die Verf. unterscheidet mehrere Phasen der europäischen Stahlpolitik, die von der Selbstregulierung des Marktes ausging, dann intervenierend steuerte, um in jüngster Zeit zu einer kontrollierten Liberalisierung überzugehen.

Die transnationale Telekommunikationsindustrie ist Ausdruck und Motor der Globalisierung zugleich. *Mark Thatcher* will zeigen, wie sich in diesem Spannungsfeld die nationalen institutionellen Strukturen in Frankreich und Großbritannien seit den fünfziger Jahren änderten. Er betont dabei die Rolle transnationaler Entwicklungen und Strukturen wie der Europäischen Union. Der chronologische Vergleich beider Länder soll diese These belegen.

Roland Czada versucht, so läßt sein Titel erwarten, eine Bilanz der radikalen Massenprivatisierung durch die Treuhand in den neuen Bundesländern. In der Tat bietet er aber anderes: die Ausgangslage, die Vorgeschichte, die Personalkräftigung und Organisation der Treuhandanstalt, ihre Refinanzierung. Der Verf. problematisiert auch die ord-

nungspolitische Rolle und die demokratische Kontrolle der Treuhänder.

Einen weiteren Horizont nimmt *Klaus H. Goetz* in den Blick, wenn er die postkommunistischen Verwaltungen in Ostdeutschland und Ost- bzw. Ostmitteleuropa vergleicht. Seine These besteht darin, daß die östlichen Staaten den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit nicht auf dem Weg zu einer Verwaltung westlichen demokratischen Typs folgen werden. Gründe liegen einerseits in den Konstellationen von Akteuren und Situationen, andererseits in der größeren Rolle von Suchprozessen gegenüber dem Institutionentransfer.

Im Forum gibt, wie schon erwähnt, *Seppo Tiihonen* Hinweise zur Literatur über die finnische Verwaltungsgeschichte, die, wie er konstatiert, noch weitgehend Behördengeschichte ist.

Wissenschaftsgeschichtlich interessant ist die Auswertung der Diplomarbeiten von DDR-Archivaren im Hinblick auf deutsche Verwaltungsgeschichte, die *Erk Volkmar Heyen* und *Mathias Rautenberg* vornehmen. Zunächst konstatieren die Verf. die Erinnerungsversuche der Archivare der DDR, um sie dann an den Texten zu messen. Immerhin rund die Hälfte der 354 Diplomarbeiten widmete sich der Verwaltungsgeschichte. Die Spitzen liegen in den fünfziger und achtziger Jahren. Die Verf. spezifizieren dies anhand der Titel der Arbeiten noch genauer, konstatieren aber, daß erst eine inhaltliche Analyse genaue Aufschlüsse bringen könne. Inzwischen bleibt es bei der Beobachtung, daß sich die Diplomanden von ideologisch sensiblen Themen fernhielten und das archivarische Handwerk im Vordergrund stand.

Hans-Martin Moderow

Winfried Speitkamp (Hrsg.), Denkmalsturz. Zur Konfliktgeschichte politischer Symbolik, Vandenhoock und Ruprecht, Göttingen 1997 (= Kleine Vandenhoock-Reihe 1581), 155 S.

In den dreißig Jahren seit Thomas Nipperdeys Impuls, das Nationaldenkmal in der deutschen Geschichte seit dem ausgehenden 18. Jh. zu untersuchen, und seit dem sog. „linguistic turn“ auch in der Geschichtswissenschaft sind zahlreiche Untersuchungen zu politischen Denkmälern und zu Strategien zur Kontrolle des öffentlichen Raumes erschienen. Die Umbenennungen von Straßen und Plätzen sowie die Demontage von Denkmälern in postsocialistischen Ländern seit 1989/90 haben das historische Interesse zusätzlich auf den Sturz von Denkmälern gelenkt. Speitkamp füllt die bestehende Forschungslücke durch exemplarische Sondierungen zu Denkmalstürzen seit der Französischen Revolution, v. a. in Deutschland. Es werden herausgearbeitet die jeweilige Spezifik in der Morphologie des Denkmalsturzes, die unterschiedlichen Formen der Einprägung in die öffentliche Gedächtniskultur sowie Überschneidungen und Unterschiede zum Denkmal-Setzen.

In seiner Einleitung schlägt der Herausgeber Kriterien zur Systematisierung vor:

1. Merkmale auf der Bedeutungsebene: übertragene Bedeutung, Überhöhung, Verdichtung, explizite und implizite Appelle an die Öffentlichkeit,
2. Symbolträger verschiedener Grade je nach Explizität ihrer Symbolbedeutung,
3. Homogenität und Vielfalt des Zeichensystems als Indikator gesellschaftlicher Pluralität, Wandlungen und Ungleichzeitigkeiten (S. 7f.).

In der Praxis können Denkmalstürze durch Traditionsbruch Geschichte „entsorgen“ oder durch Neubelegung bzw. Umschöpfung der Geschichte Zeichen für eine neue Tradition stiften oder erfinden. Denkmalstürze können in der strukturell immer konflikthafte Ge-